

Chemnitzer Bürgerbeteiligung

Aktueller Stand, Chancen und Reflexion

Rob Lammerts
Hugo Swinnen

November 2010

Inhalt

1.	Aktueller Stand	5
2.	Ergebnisse des Treffens vom 1. September 2010	8
3.	Erhöhen der Bürgerbeteiligung durch Bürgerforen und Bürgerhaushalt	12

1. Aktueller Stand

Mit fast 250.000 Einwohnern ist Chemnitz die drittgrößte Stadt im Freistaat Sachsen. Die wirtschaftlichen Wurzeln von Chemnitz liegen in der Metallbranche und der Textilindustrie. Seit der deutschen Wiedervereinigung im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gibt es eine starke Entwicklung in der Wissensindustrie wie der Mikrotechnologie sowie Forschung und Entwicklung, basierend auf einer starken Kooperation zwischen lokalen Unternehmen und der Technischen Universität Chemnitz.

Inspiziert und geleitet vom Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung „Agenda 21“ und den Möglichkeiten städtischer Entwicklung und Bürgerbeteiligung, die vom sächsischen Recht geprägt sind, möchte der Chemnitzer Stadtrat die Bürgerbeteiligung in der kommunalen Politik erhöhen.

Nach dem Ende des kommunistischen Regimes gab es eine Zeit der sehr aktiven Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben, sowohl durch Aktionsgruppen als auch Organisationen der Zivilgesellschaft. Diese Aktivität scheint aus verschiedenen Gründen nachgelassen zu haben. Auf der einen Seite gab es nicht viel Erfahrung mit partizipativer Demokratie bei den Bürgern und Bürgergruppen. Aber auch die Stadtverwaltung und Politiker haben nicht immer in angemessener Weise auf Bürgeraktionen reagiert, um eine produktive Beteiligung anzuregen. Dennoch gibt es immer noch viele aktive Gruppen und Organisationen in der gesamten Stadt als ein potentiell Reservoir für Bürgerbeteiligung. Auf der anderen Seite jedoch müssen, laut der Oberbürgermeisterin und dem Stadtrat, die Bürger aufgrund der Komplexität moderner politischer Entscheidungsprozesse und ihrer Einflüsse und Auswirkungen auf den Alltag, als Akteure aktiver in die Arbeitsweise der Kommunalpolitik einbezogen werden. Deswegen hat die Oberbürgermeisterin von Chemnitz 2007 ein so genanntes Bürgerbüro eingerichtet. Der Zweck dieses Büros ist, mehr Wissen über die Probleme der Bürger zu erlangen und Lösungen dafür zu finden, um somit mehr Transparenz beim politischen und administrativen Prozess zu bewirken. Zugleich kann bessere Einsicht in die Wünsche und Ideen der Bürger von Chemnitz in Bezug auf die weitere Entwicklung der Stadt erlangt werden. Um diese Aufgabe zu realisieren, wurde Chemnitz in acht Stadtteile gegliedert: Nord, Nord-Ost, Mitte, Mitte-Ost, Süd-Ost, Süd, West und Mitte-West. Jeder Stadtteil besteht aus mehreren Stadtgebieten (*neighbourhoods*).

Seit 2007 organisiert das Bürgerbüro Einwohnerversammlungen mit Einwohnern jedes Stadtteils. Diese Einwohnerversammlungen finden viermal im Jahr statt, was bedeutet, dass jeder Stadtteil alle zwei Jahre eine Einwohnerversammlung hat. Die Oberbürgermeisterin lädt gemeinsam mit dem Stadtrat die Bürger ein, um sie zu informieren und ihnen die Gelegenheit zu geben, verschiedene Themen, die den Stadtteil betreffen mit Politikern und der Verwaltungsspitze zu diskutieren. Das Bürgerbüro ist auch dafür verantwortlich, eine monatliche Bürgersprechstunde der Oberbürgermeisterin von Chemnitz zu organisieren.

Zudem existieren auch Initiativen von Basisgruppen, so z. B. ein Netzwerk von Bürgeraktionsgruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft im Stadtgebiet (*neighbourhood*) „Fritz Heckert“. Mit der Unterstützung des Stadtteilmanagements kann dieses Netzwerk als eine Art beratende Bürgerplattform für den Stadtrat und die Verwaltung angesehen werden. Im Rahmen der Agenda 21 gibt es auch einige aktive Arbeitsgruppen, die folgende drei Punkte beziehungsweise Themen betreffen: die bebaute Umwelt, die soziale Umwelt und die ökologische Umwelt.

Bezüglich der Pläne zur Erhöhung der Bürgerbeteiligung fand am 1. September ein Treffen zwischen dem Bürgerbüro, einer ortsansässigen Forscherin (vermittelt über die Universität von Chemnitz) und zwei Forschern des Verwey-Jonker Instituts aus den Niederlanden statt. Bestandteil war auch ein Treffen mit der Oberbürgermeisterin und Vertretern verschiedener Abteilungen der Stadtverwaltung: der Kämmerei, dem Jugendamt, dem Sozialamt und dem Stadtplanungsamt.

Ziel des Treffens war:

- Die Experten des Verwey-Jonker Instituts über den Entwicklungsstand der Bürgerbeteiligung in Chemnitz zu informieren;
- Die Möglichkeiten und Erwartungen in Bezug auf die Bürgerbeteiligung zwischen den verschiedenen Fachbereichen der Stadtverwaltung zu diskutieren;
- Die möglichen - ergänzenden - Beiträge der Experten des Verwey-Jonker Instituts und der Universität Chemnitz zur Entwicklung einer fortgeschritteneren Bürgerbeteiligung zu diskutieren.

Durch die Dokumente, mit denen sich beschäftigt wurde, aber auch durch die verschiedenen Treffen vom 1. September, wurde klar, dass vieles im Bereich der aktiven Bürgerschaft und Konsultation der Bürger erreicht wurde, sowohl durch Politiker als auch die Dienste der Stadtverwaltung. Die verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung haben ihre eigenen Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung. In den meisten Fällen beinhalten diese Informationen und/oder beratende Tätigkeiten und Aktivitäten bezüglich verschiedener Aspekte oder Arten der Bürgerbeteiligung. Man kann unterscheiden zwischen:

- Beteiligung an öffentlichen Aktivitäten;
- Beteiligung in Organisationen der Zivilgesellschaft;
- Individuelle Freiwilligentätigkeit;
- Freiwilligentätigkeit in Organisationen der Zivilgesellschaft;
- Beteiligung in Interessen- und Lobbygruppen sowie Pressuregroups;
- Politische Beteiligung (representative Demokratie);
- Strukturierte Beteiligung in der politischen Entscheidungsfindung (partizipative Demokratie).

Während sich dieses Papier auf die letzte Form der Beteiligung konzentriert, unterscheiden die Vertreter der verschiedenen Fachbereiche der Stadtverwaltung bei ihrer Beschreibung von Bürgerbeteiligung nicht immer unter diesen Formen, die natürlich alle wichtig sind und sich ergänzen.

Das Sozialamt hat z. B. viele Erfahrungen mit Selbsthilfegruppen, diese unterstützen die kommunale Arbeit und haben ein profundes System für individuelle Beschwerden und Fragen via E-Mail. Das Jugendamt hat viele Kontakte, zum Beispiel zu kirchlichen NROs. Es hat Erfahrungen mit beratenden Gremien in ESF-Projekten. Es fördert aktiv Freiwilligendienste unter Jugendlichen und förderte Jugendbeteiligung durch die Entwicklung eines Jugendforums, welches zu einem Internet-Forum entwickelt werden könnte. Das Stadtplanungsamt organisiert wichtige individuelle Möglichkeiten für die Reaktion auf seine Pläne. Für größere Stadtplanungsprojekte organisieren sie öffentliche Diskussionen. Aber sie erkennen auch, dass ihre Informationsverbreitung im Internet verbessert werden muss. Eine spezielle Initiative kommt vom Umweltzentrum. Es mobilisiert Bürgergruppen, Freiwillige und Schulen. Das Amt für Baukoordination erwähnt Entwicklungs- und Sanierungsgebiete (mit einem zusätzlichem Budget), in denen es positive Erfahrungen mit dem Stadtteilmanagement gibt (siehe Soziale Stadt).

Doch das ist nicht strukturell. Die Kämmerei ist in den so genannten Bürgerhaushalt involviert, der durch die Erfahrungen von Porto Alegre inspiriert wurde. Aber bis jetzt blieben Versuche, die Bürger in den Haushaltsprozess einzubeziehen, erfolglos. Es werden die geeigneten Methoden und der Zeitpunkt (vgl. aktuelle Haushaltskürzungen) diskutiert.

2. Ergebnisse des Treffens vom 1. September 2010

Dass die Bürgerbeteiligung erhöht werden und mehr Vorteile aus den Möglichkeiten gezogen werden sollen, könnte als Anheben der Beteiligung von ihrer jetzigen konsultativen Stufe auf eine mehr beratende und partnerschaftlichere Stufe gesehen werden: Bürger als Berater des Stadtrates und eventuell als Co-Akteure kommunaler Politik. Außerdem könnten die relativ zersplitterten und parallelen Initiativen sich zu einem umfassenderen Ansatz entwickeln. Die wichtigste Frage ist, wie in dieser Richtung weitergearbeitet werden soll. Die Oberbürgermeisterin und das Bürgerbüro von Chemnitz ließen sich von den Partnerstädten des Demos-Netzwerkes und deren Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung beim kommunalen Regieren inspirieren.

Ursprünglich war das Demos-Netzwerk ein transnationales Projekt, das vom 5. Rahmenprogramm für Forschung der Europäischen Kommission kofinanziert wurde. Es fand zwischen 2002 und 2004 in den Städten Aberdeen (GB), Antwerpen (B), Chios (GR), Edinburgh (GB), Krakau (PL), Turku (FIN) und Utrecht (NL) statt. Edinburgh war die leitende Stadt. Das Projekt bestand aus der Durchführung spezifischer Pläne für die Bürgerbeteiligung in den teilnehmenden Städten. Jede Stadt hatte einen akademischen Partner, der die kommunalen Entwicklungen bewertet und begleitet hat. Auf transnationaler Ebene wurden intensive gemeinsame Reflexionstreffen zu den kommunalen Entwicklungen und Bürgerbeteiligung im Allgemeinen zwischen den Städten und akademischen Partnern organisiert. Obwohl das durch die EU finanzierte Projekt 2004 beendet war, treffen sich die Partner noch heute einmal im Jahr für ein Peer-Review-Seminar in einer der teilnehmenden Städte. Sie tauschen sich über neue Erfahrungen und Entwicklungen aus und diskutieren darüber. 2009 sind die Städte Chemnitz und Tampere (FIN) dem Netzwerk beigetreten.

Das Treffen mit der Oberbürgermeisterin zeigte ein starkes politisches Bekenntnis zur Bürgerbeteiligung im Allgemeinen sowie zum direkten Dialog mit den Bürgern. Das Treffen mit Vertretern aus verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung zeigte ein eher gemischtes Bild:

Es herrscht eine allgemein positive Einstellung zur Bürgerbeteiligung, aber:

- Es gab Misserfolge in der Vergangenheit, die eine gewisse Skepsis über die wahren Wünsche der Bürger zu deren Beteiligung hervorrief;
- Es besteht die Angst einer zusätzlichen Belastung der Beschäftigten in Zeiten finanzieller Einschränkungen;
- Es herrscht Skepsis über den zusätzlichen Nutzen von Bürgerbeteiligung in technisch komplizierten Themen;
- Es herrschen eindeutig verschiedene Meinungen darüber, wie weit die Beteiligung gehen sollte/kann
- Es gibt einen Diskussionsbedarf was die Bürger von der Stadt erwarten können und was die Bürger selbst tun sollten. Einige Gesprächspartner sagten, dass Bürger zu erwarten scheinen, dass die Stadt alles löst;
- Vertrauen zwischen den Bürgern und der lokalen Gebietskörperschaft ist der Schlüssel, aber dies erfordert Anstrengungen bezüglich der Sozialisierung von Bürgern UND die Verbesserung der Rückmeldung auf Seiten der Stadtverwaltung (vgl. schlechte Erfahrungen von aktiven Bürgern, die auf Stadtebene vor verschlossenen Türen standen);
- Die Bedeutung einer strukturellen Präsenz der Stadtverwaltung (Kontaktpunkt oder -person) in Stadtteilen und organisierte Unterstützung für Bürgerbeteiligung wird gesehen, aber die gegenwärtigen Ressourcen sind zu beschränkt:

- Bürgerbeteiligung (als Prozess) sollte nicht die Aufmerksamkeit für adäquate Dienstleistungen für Bürger (als Produkt) verdecken.

In der Entwicklung der Bürgerbeteiligung wird die ortsansässige Forscherin als akademischer Partner fungieren. Ihre Rolle besteht darin, den aktuellen Stand der Beteiligung in Chemnitz zu analysieren und den laufenden Prozess sowie Ergebnisse für die zukünftige Entwicklung der Bürgerbeteiligung zu bewerten. Die Hauptrolle der Experten des Verwey-Jonker Instituts wird sein, beim Klären der Ziele und Möglichkeiten für die Entwicklung der Beteiligung in Chemnitz zu helfen, um den Prozess durch Erfahrungen, die woanders gemacht wurden, zu beeinflussen und über die Entscheidungen und Praktiken in Chemnitz zu reflektieren.

Der Fokus der Stadt Chemnitz zur Erhöhung der Bürgerbeteiligung scheint auf drei Wegen zu liegen:

1. Beginn der Entwicklung der Bürgerforen, geprägt durch das Konzept des Utrechter Stadtteilansatzes.
2. Die Information der Bürger über den Haushalt und die Ausgaben der Stadt Chemnitz, der so genannte Bürgerhaushalt, und Wege zu finden, Bürgern mehr Einfluss bei den Haushaltsausgaben in den Bereichen der Stadtteile und Nachbarschaften durch ein Stadtteilbudget einzuräumen.
3. Möglichkeiten des E-Governance durch den Online-Zugang zu Dienstleistungen entwickeln und realisieren. Dies soll durch das Aktivieren der Bürger für eine Beteiligung durch elektronische Medien und durch das Entwickeln digitaler Instrumente zur Beteiligung wie Diskussionsplattformen und Bürgerkonsultationen erreicht werden.

Der erste Vorschlag besteht darin, diese Entwicklungen tatsächlich als einen Weg in Richtung einer endgültigen Bestimmung zu sehen, ohne ein für allemal festzulegen, wie die endgültige Bestimmung aussieht. In dieser Hinsicht könnte jeder der drei Wege bezüglich einander überschneidender Grundsätze formuliert werden: Schaffen einer umfassenderen und transparenteren Struktur für Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen, die städtische Angelegenheiten betreffen (1. Weg); Bürgern mehr Einfluss auf das aktuelle Verwenden von Haushaltsgeldern in ihrer direkten Umgebung gewähren (2. Weg) und das Verbessern und Diversifizieren der Kommunikationswege mit Bürgern, um soviel wie und gut wie möglich zu erreichen und neue wechselseitige Kommunikationsformen zu schaffen (3. Weg).

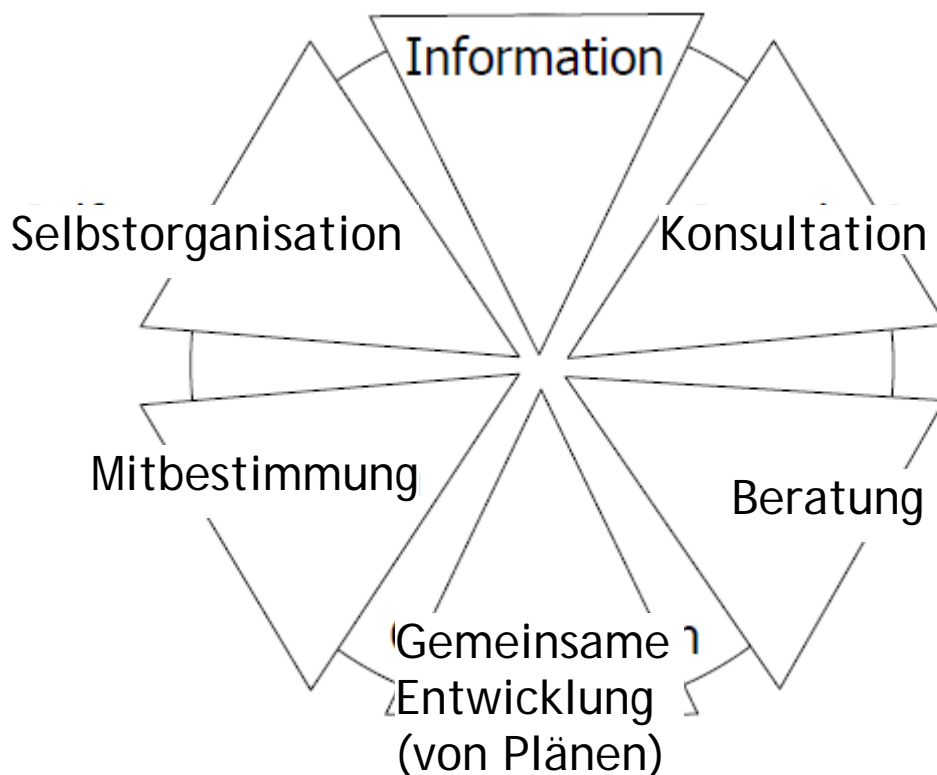
Eine erste Aktion könnte die Analyse der vorhandenen Beteiligungserfahrungen aus Sicht der partizipativen Politik sein. Im Folgenden werden grob die Erfahrungen aufgelistet, die von den Vertretern der Verwaltungsbereiche bei dem Treffen am 1. September erwähnt wurden:

- Möglichkeiten für individuelle Information und Konsultation (E-Mail Desk, Info-Flyer etc.)
- Selbstorganisation von Interessengruppen
- Selbsthilfegruppen
- Arbeitsgruppen von Fachleuten zu bestimmten Themen
- Koordinationstätigkeit von Stadtteilarbeitern
- obligatorische Beratungsplattformen für ESF-Projekte
- (Anregung von) Freiwilligenarbeit
- professionelle Arbeit vor Ort, um Bürger zu mobilisieren
- soziale Aktionsgruppen auf Vertrauensbasis
- Bürgerkonsultationen über Umfragen/Internet

- Nutzung des formalen individuellen Rechts zur Kommentierung von Plänen
- Agenda-Gruppen für Umweltpolitik
- Bereitstellung von Informationen auf der Ebene von Stadtteilen (Planungsamt)
- Ad hoc Konferenzen von Akteuren zu spezifischen Entwicklungsplänen
- Stadtteilmanagement in Vorrang- oder Sanierungsgebieten: Koordination und Organisation des Einflusses von Akteuren und Bürgern auf die Sanierung, z. B. durch Stadtgebietsplattformen.

In Beschreibungen und Analysen der Beteiligung nutzen Wissenschaftler oft die so genannte „Beteiligungsleiter“, ausgehend von Informationsbereitstellung als niedrigste Stufe bis zur Selbstverwaltung als höchste. Bei der partizipativen Demokratie sind wir der Meinung, dass die verschiedenen Grade der Beteiligung nicht auf hierarchische Art gesehen werden müssen. Für jeden Kontext, Gegenstand oder politisches Ziel kann eine spezifische Form die geeignetste sein. Deshalb ziehen wir es im Kontext der Beteiligung an kommunaler Politik vor, ein Spektrum von Beteiligung anstatt einer Leiter zu nutzen.

Dieses Spektrum kann wie folgt visualisiert werden:



Dieses Spektrum könnte als analytischer Rahmen genutzt werden, um die Vielzahl an Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung in Chemnitz zu kategorisieren - ohne die hierarchische Eignung der „Beteiligungsleiter“. Es würde zeigen, wo die Erfahrungen angesiedelt sind, welche Teile des Spektrums mehr entwickelt sind als andere. Ein solches Bild würde den unterschiedlichen Akteuren zudem erlauben, ihre Bewertung der aktuellen Situation zu machen und es könnte die Grundlage für eine Diskussion zwischen den verschiedenen Akteuren über die Prioritäten der Erreichung von Fortschritten bilden.

Eine zweite, wahrscheinlich parallele, Aktion auf der kommunalen Ebene wäre die weitere Erforschung der Unterstützung für die oben beschriebenen Wege zwischen den verschiedenen Akteuren (einschließlich der Verwaltungsämter, aktiven Bürgergruppen, Organisationen der Zivilgesellschaft, NROs, nicht-organisierte Bürger) sowie die Förderung lokaler Ideen und Vorschläge für die Umsetzung. Eine Möglichkeit der Erforschung der Vorzüge und Möglichkeiten für mehr strukturierte Bürgerkonsultation und Beteiligung in städtischer Entscheidungsfindung wäre die Organisation runder Tische mit allen relevanten Akteuren und interessierten Bürgern in den Stadtteilen.

Eine Grundvoraussetzung für adäquate Konsultation und Beteiligung stellt jedoch die Qualität der Information und Kommunikation von Seiten der Stadt dar. Unterstützung von den zentralen Kommunikationsdiensten zu den Verwaltungseinheiten, um den öffentlichen Zugang zu Verwaltungsfragen, Prozessen und Maßnahmen zu verbessern, würde nicht nur helfen, mehr Transparenz für die Bürger zu schaffen, sondern auch Unterstützung für die Bürgerbeteiligung unter den Verwaltungsangestellten innerhalb der Stadt zu begünstigen.

Die Unterstützung könnte in Form der Entwicklung von E-Kommunikations-Mitteln (Internetseiten etc.), des Angebots von Trainings für Kommunikationsmethoden etc. erfolgen. (Siehe z. B. „Das Participedia-Mittel in Utrecht“: www.participedia.nl).

Nachfolgend stellen wir Hintergrundmaterial für den ersten und zweiten Weg wie bereits erläutert vor und beschreiben einige Prinzipien und Richtlinien, die Bürgerforen und Stadtteilbudgets betreffend, basierend auf den Erfahrungen des DEMOS-Netzwerks und insbesondere den Erfahrungen in Utrecht.

3. Erhöhen der Bürgerbeteiligung durch Bürgerforen und Bürgerhaushalt

Auf den DEMOS-Treffen, die über die Jahre stattfanden, wurde in Erfahrung gebracht, dass verschiedene Modelle oder Ansätze der Bürgerbeteiligung existieren. Abhängig vom lokalen politischen, gesellschaftlichen und historischen Kontext, werden einige dieser Modelle oder Ansätze als maßgebliche Organisationsprinzipien in einer Stadt genutzt, während sie in einer anderen Stadt in einer mehr ergänzenden Weise gebraucht werden.

Die während der DEMOS-Treffen aufgezeigten Ansätze (Modelle) enthalten:

1. Das übertragene gewählte Modell: jede Raumeinheit hat ihr eigenes gewähltes Forum mit spezifisch übertragenen Kompetenzen;
2. Der Ansatz der direkten Demokratie: meist ad hoc werden die Bürger zu speziellen politischen Plänen befragt; die Ergebnisse sind häufig nicht bindend für die Stadtverwaltung;
3. Der Ansatz der Bürgerplattform: jede Raumeinheit hat ihr eigenes beratendes Forum aus mehr oder weniger repräsentativen Bürgern (Einwohnern); die Foren können sowohl als ein Mittel zum Organisieren eines kollektiven Interessenschutzes als auch zur Zusammenarbeit in politischen Entwicklungen betrachtet werden;
4. Der Ansatz der Partnerschaft: öffentliche Foren bestehen aus Bürgern und anderen lokalen Partnern wie NROs, Berufsgenossenschaften, lokalen Unternehmen; die Foren werden insbesondere für die Zusammenarbeit in der lokalen (politischen) Entwicklung genutzt;
5. Der Ansatz des innovativen Projekts: durch thematische Veranstaltungen und Aktionen werden die Bürger aufgerufen, der lokalen Entwicklung kreativ beizusteuern.

Zusätzlich gibt es neun Hauptprinzipien oder Bedingungen, an die sich zu halten ist, um Bürgerbeteiligung möglich und/oder erfolgreich zu machen:

1. Politisches Engagement auf einem hohen Niveau innerhalb der Stadtverwaltung als Schlüssel;
2. Die Führungsspitze wird benötigt, um die Organisationskultur den Diensten der Stadtverwaltung anzupassen;
3. Konsistenz unter den Ansätzen der verschiedenen städtischen Ämter ist wichtig, um das Vertrauen der Bürger zu fördern;
4. Transparenz für die Bürger ist nötig, um deren Platz und ihre Rolle im Entscheidungsprozess und in den Umsetzungsprozessen deutlich zu machen;
5. Kontinuität im Dialog zwischen der Stadtverwaltung (den Repräsentanten) und den Einwohnern ist für nachhaltige Ergebnisse notwendig;
6. Eindeutige Antworten und Verantwortlichkeit: es ist notwendig, dass die Stadtverwaltung eindeutige Antworten auf die Hinweise der Bürgerplattform gibt, um die Verbindlichkeit ihrer Beteiligung zu zeigen und diesen Plattformen die Möglichkeit zu geben, ihren Einfluss zu bewerten;
7. Partnerschaften in der lokalen Entwicklung sollten ihrer Relevanz entsprechend zu den speziellen Fragen, die zur Diskussion stehen, ausgedehnt sein; das heißt, dass nicht nur einzelne Bürger (Vertreter) wichtige Gesprächspartner sind, sondern auch andere Akteure in der lokalen Politik und Adressaten dieser;

8. Bürgervertreter wie beratende Mitglieder der Bürgerplattform müssen ihre Legitimation kontinuierlich durch das Aneignen von Wissen und Informationen zu den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger entwickeln; dies ist sowohl in Fällen wichtig, in denen Mitglieder der Bürgerplattform gewählt werden, als auch in Fällen, in denen sie ernannt werden (siehe z. B. Stadtteil-Konsultation („*district consultation*“) in Utrecht);
9. Eine grundlegende Regel für Bürgereinbeziehung ist das aktive Gebrauchmachen von der Kreativität und Leistungsfähigkeit der Gemeinschaften.

In Bezug auf die Situation in Chemnitz scheint die Zeit für einen Schritt vorwärts von bloßer beratender und/oder ad hoc-Initiativen zu einem mehr strukturierten Ansatz reif zu sein. Dazu sollte das Utrechter Konzept des Stadtteilansatzes („*District approach*“) als Inspiration genutzt werden: eine Kombination verschiedener Ansätze, die vorher genannt wurden. Der Stadtteilansatz ist durch drei Hauptstrategien gekennzeichnet:

1. **Bürgerplattformen („*Community boards*“).** Wie Chemnitz ist die Stadt Utrecht in Stadtteile aufgegliedert, jeder von ihnen besteht aus verschiedenen Gebieten („*neighbourhoods*“). Jeder Stadtteil hat hier eine Bürgerplattform, die den Stadtrat berät - nach Bedarf und auch spontan - zum jährlichen Stadtteilprogramm und anderen politischen Fragen sowie ihren Stadtteil und ihre Nachbarschaften betreffenden Themen. Die Zahl der Mitglieder variiert zwischen 10 und 25, größtenteils zählen Einwohner des Stadtteils dazu. In manchen Fällen vertreten einige Mitglieder lokale NROs innerhalb des Stadtteils. Treffen der Bürgerplattformen werden oft auch durch unterstützende Fachkräfte der Gemeinde (Gemeindearbeiter, Sozialarbeiter, Polizei...) besucht.
2. **Stadtteil-Haushalt („*District budget*“).** Jeder Stadtteil hat ein jährliches Budget. Mit diesem Budget unterstützt die Stadt Utrecht Initiativen der Einwohner, die die Gebiete oder den Stadtteil lebenswerter machen. Einwohnergruppen eines Stadtteils können eine Idee oder einen Plan für mehr Grün in Straßen, bessere Straßensicherheit, neue Spielplätze für Kinder usw. vorschlagen. Durch den Stadtteilmanager wird geprüft, ob die Pläne die drei grundlegenden Bedingungen erfüllen:
 - Der Plan muss eine klare Beschreibung und Argumentation aufweisen;
 - Der Plan muss die Verpflichtung einer Gruppe von Einwohnern der Gebiete („*neighbourhoods*“) haben, belegt durch eine Liste mit Namen und Unterschriften. Übersteigt das beantragte Budget 20.000 Euro, muss der Plan durch mindestens 25 Einwohner unterzeichnet sein.
 - Aktive Kooperation der Einwohner bei der Umsetzung des Plans ist Bedingung.

3. **Bürgermeister-Sprechstunde („*Alderman*¹ *consultation hour*“)**. In Utrecht ist jeder Bürgermeister („*Alderman*“ des städtischen Exekutivrates („*City Executive Board*“) nicht nur für bestimmte Fragen und Verwaltungsdienstleistungen zuständig, sondern trägt ebenso Verantwortung für zusammenhängende Entwicklungen in einem oder zwei Stadtteilen. In Vertretung des Stadtrates ist er oder sie politischer Gesprächspartner der Einwohner seines /ihres Stadtteils. Er oder sie verteidigt auch die Gesamtinteressen des Stadtteils auf städtischer Ebene. Neben anderen Verpflichtungen haben sie jeden Monat zwei Sprechstunden, in denen Einwohner mit ihnen über Fragen sprechen können, die besondere Aufmerksamkeit erfordern. Dieses Modell ist zum Teil vergleichbar mit der Sprechstunde der Oberbürgermeisterin in Chemnitz. Zudem muss der Bürgermeister des Stadtteils regelmäßig persönlich Rückmeldung an die Bürgerplattformen geben, wie die Stadt die Ratschläge der Bürgerplattformen einbezogen hat.

Utrecht hat fast zehn Jahre Erfahrung im Bereich Bürgerbeteiligung. Basierend auf diesen sorgfältig bewerteten Erfahrungen, können wir die folgenden Empfehlungen für das Anregen und Organisieren von Bürgerbeteiligung nach diesem Modell formulieren. Diese Empfehlungen verweisen auch auf die Prinzipien und Bedingungen, die zuvor genannt wurden.

Zu den Bürgerplattformen („*Community Boards*“):

- 1 Die erste Empfehlung ist, das zu nutzen, was bereits existiert wie die vierteljährlichen Stadtteiltreffen, die bestehenden Ortschaftsplattformen, Gruppen aktiver Bürger und Initiativen wie die Arbeitsgruppen der Agenda 21. Es ist nicht sinnvoll, etwas Neues ohne Bezug zu bereits Bestehendem zu entwickeln, da die Erfahrung wichtig ist, aber auch, weil aktive Bürger nicht unbegrenzt verfügbar sind. Besonders die vierteljährlichen Treffen könnten ein wichtiges Mittel sein, um einerseits Menschen zu finden, die bereit sind, sich zu beteiligen und andererseits die notwendige Bereitschaft unter den Einwohnern in den Stadtteilen und Gebiet dafür zu finden.
- 2 Es wird zudem dringend empfohlen, auf ein breites (politisches) Engagement im Stadtrat, dem städtischen Exekutivrat („*City Executive Board*“) und in beteiligten Verwaltungseinheiten zu achten. Dies ist deshalb wichtig, weil die beratende Arbeit der Bürgerplattformen die Arbeit der Stadtverwaltung beeinflusst und die Bürger sich dem gewählten Beteiligungsmodell bei all ihren Kontakten zur Stadtverwaltung verbunden fühlen sollen. Um solch eine Verbindlichkeit aller „internen“ Akteure, internen Kommunikation und Dialoge zu erreichen, aber auch die Unterstützung dieser, haben Methoden der Beteiligung eine Schlüsselfunktion. Demokratiebeteiligung verlangt eine Änderung der Einstellungen der Verwaltung, was ein langfristiger Prozess ist.
- 3 Streben nach einer qualitativen repräsentativen Mitgliedschaft der Plattform, anstatt nach einer quantitativen Mitgliedschaft. Anwohner sollen sich basierend auf ihrem wechselseitigen Wissen über ihre Lebensumwelt und gesunden Menschenverstand zu

¹ In den Niederlanden wird jede Stadt durch einen gewählten Stadtrat regiert. Nach den Wahlen formen die politischen Parteien eine Mehrheitskoalition. Diese Mehrheitskoalition ernennt einen städtischen Exekutivrat („*City Executive Board*“), zusammengesetzt aus einer Zahl von Bürgermeistern („*Alderman*“), jeder zuständig für bestimmte Themen. Der Oberbürgermeister (der nicht gewählt wird in den Niederlanden) ist Vorsitzender des städtischen Exekutivrates und der Stadtratssitzungen. Er oder sie hat bestimmte Zuständigkeiten als Leiter der Verwaltungsangestellten und auch für Sicherheitsfragen (Polizei, Feuerwehr) etc.

- Laienexperten entwickeln. Sie wissen viel über die aktuellen Themen und sind nicht selten hoch motiviert, ihr Wissen zu präsentieren, wenn es Anlass dazu gibt.
- 4 Außerdem ist von besonderer Wichtigkeit, die Notwendigkeit von Transparenz im politischen Prozess und in der Kommunikation anzuerkennen, besonders, wo dieses die Hinweise der Bürgerplattformen betrifft. Dort treten die Prinzipien des regelmäßigen Dialoges, der Verantwortung und Verlässlichkeit in den Vordergrund. Beachtet man dies, wird nicht nur die Verpflichtung der Stadt zur Bürgerbeteiligung unter Beweis gestellt, sondern auch den Plattformen die Möglichkeit gegeben, zu bewerten und aus ihren Erfahrungen beim Beeinflussen des politischen Prozesses zu lernen.
 - 5 Um sicher zu stellen, dass die beratende Arbeit der Bürgerplattform die Interessen der Einwohner vertritt, wird empfohlen, die Plattformen mit nützlichen Instrumenten zu auszustatten, um viel über deren Interessen zu erfahren. Dies könnte dadurch geschehen, indem der Bürgerplattform die Möglichkeit für jährliche Stadtteilberatungen zu einem Thema, das von der Plattform selbst zu wählen ist, eingeräumt wird. In den meisten Fällen sind die Mitglieder der Plattform nicht in der Lage, solche Konsultationen völlig selbständig durchzuführen. Deswegen benötigen sie ein Budget (oder Unterstützung ähnlicher Art), um ihre Stadtteilberatung extern zu vergeben. Stadtteilberatungen müssen nicht notwendigerweise wie eine traditionelle Untersuchung sein. Es gibt andere dynamische und kreative Formen, um die Bedürfnisse, Wünsche und Vorlieben der Stadtteilbewohner zusammenzutragen. Dennoch bedürfen auch diese Formen eines professionellen Ansatzes.

Zu den Stadtteil-Haushalten („*District Budgets*“):

1. Einwohnern Mitsprache beim Planen ihrer direkten Lebensumwelt zu ermöglichen ist wichtig, weil es sowohl ein Ergebnis als auch ein Faktor des wechselseitigen Vertrauens zwischen der Stadt und den Einwohnern darstellt. Das zeigt in einer sehr konkreten Weise die Verpflichtung der Stadt zur Bürgerbeteiligung und beweist das Vertrauen der Stadt, dass Einwohner als verantwortungsvolle Bürger handeln werden. Es ruft die Bürger auch dazu auf, ihre Verantwortung für die Entwicklung ihrer Umwelt ernst zu nehmen. Aus diesem Grund ist es wichtig, eine solide Struktur aufweisen zu können, durch die der Einfluss der Einwohner auf das Budget organisiert werden kann. Eine Bürgerplattform könnte solch eine Struktur sein. Zudem ist die Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung von Plänen ein Faktor von großer Verpflichtung.
2. Bei der Entscheidung über die Beeinflussung des Haushalts müssen die Größe des Budgets, das die Einwohner beeinflussen sollen, und der Grad des Einflusses festgelegt werden. Sprechen wir über den gesamten oder nur einen geringen Teil des Budgets, das von der Stadt im Stadtteil oder nur einem sehr kleinen Teil davon investiert wird, oder von etwas dazwischen? Und möchten wir, dass Einwohner volle Entscheidungsmacht über das Aufwenden des Budgets haben oder fragen wir nur nach ihren Vorschlägen, oder ist es etwas dazwischen (wie z. B. gut begründete Hinweise)? Bei der Bürgerbeteiligung scheint empfehlenswert, zwei Modelle zu kombinieren:
 - Aufbauen eines begrenzten Einflusses auf das Gesamtbudget des Stadtteils: Bürgerplattformen geben Hinweise zum jährlichen Budget der Stadt für ihren Stadtteil und der städtische Exekutivrat („*City Executive Board*“) gibt eine Rückmeldung – mit klaren Argumenten – über den Nutzen, der aus diesem Hinweis gezogen wurde;
 - Belassen eines geringen aber angemessenen Teiles des Budgets bei den Einwohnern des Stadtteils zu ihrer eigenen Entscheidung (allein oder zusammen mit dem Stadtteilmanagement, z. B. durch ihre Bürgerplattformen), das konkreten Initiativen,

die die Lebensqualität des Stadtteils und seiner Umgebung verbessern, zugeführt werden soll.

Es würde keinen Sinn machen, es sei denn, man würde das „Übertragende gewählte Modell“ der lokalen Demokratie wählen, Einwohnern eine direkte Mitsprache und Entscheidungsprache über den ganzen oder größten Teil des jährlichen Budgets, das im Stadtteil verwendet wird, zu geben. Dies würde in Konflikt mit der Rolle und Verantwortlichkeit des Stadtrates stehen.

3. Im Fall, dass Einwohner Mitentscheidungsrecht über einen Teil des Stadtteilbudgets haben und deswegen gebeten werden, ihre Ideen oder Initiativen in einem gut argumentierten Aktions- und Haushaltsplan auszuarbeiten, kann die Notwendigkeit von Unterstützung bestehen. Obwohl Einwohner oft gute Ideen haben, die ihr Umfeld betreffen, sind sie vermutlich nicht vertraut mit offiziellen administrativen Prozessen beim Planen und Haushalten. Die Verfügbarkeit von Unterstützung, z. B. durch das Stadtteilmanagement oder Gemeindearbeiter („*community worker*“) ist ein starker Anreiz für Einwohner, mit ihren Ideen hervortreten und diese in einen konkreten Plan umzusetzen.

Impressum

Autoren

Publikation

Drs. R. Lammerts; drs. H.R.A.M. Swinnen

Verwey-Jonker Instituut

Kromme Nieuwegracht 6

3512 HG Utrecht

Telefon 030-2300799

Telefax 030-2300683

E-Mail secr@verwey-jonker.nl

Internet www.verwey-jonker.nl

231110,

D3473830rl/jd

© Verwey-Jonker Instituut, Utrecht 2010

The copyright of this publication rests with the Verwey-Jonker Institute.

Partial reproduction is allowed, on condition that the source is mentioned.